

Bündnis 90/Die Grünen

Die Bundespartei von Bündnis 90/Die Grünen hat nach dem BVerfG-Urteil durch die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Krista Sager, dazu aufgefordert „jetzt eine vernünftige gemeinsame Rahmenregelung zu finden, die ‚bildungspolitische Kleinstaaterei‘ verhindert und sozial verträglich ist.“ Nach Überzeugung der Grünen sei „ein gebührenfreies Erststudium nach wie vor die beste Voraussetzung dafür ..., um wichtige bildungspolitische Ziele zu erreichen“ (Bündnis 90/Die Grünen (2005)). Dazu würden mehr Studienanfänger, kürzere Studienzeiten und mehr Absolventen gehören. Die Grünen sollten sich deshalb in den Ländern für das gebührenfreie Erststudium einsetzen. Einen positiven Ansatz sieht Sager in einem bundesweiten Aufbau von Kontenmodellen – als Beispiel nannte Sager das Land Nordrhein-Westfalen.

Zusammenfassend betont die Bundespartei, dass die Kultusministerkonferenz der Länder jetzt eine Regelung finden müsse, die auch für eine soziale Abfederung Sorge. Es müsse verhindert werden, dass junge Menschen vom Studium abgeschreckt würden.